

LandesinfoEXTRA Baden-Württemberg

Linksaktiv: anpacken im Wahlkampf!

Liebes Mitglied

Krankenschwestern streiken für bessere Arbeitsbedingungen, Mieterinitiativen wehren sich gegen Mieterhöhungen, bunte Bündnisse stellen sich den Rassisten und Sexisten von AfD, Pegida und Co in den Weg. Linke Politik geht nur, wenn wir selber aktiv werden. Unsere einzige Lobby sind die Menschen in den Betrieben, Schulen und Unis, in den Städten und Dörfern - also Du und Ihr!

Deshalb macht es im Wahlkampf für uns einen großen Unterschied, wenn Du uns beim Verteilen von Zeitungen in der Nachschaff, beim Plakatieren in Deinem Ort oder bei Diskussionen am Stammtisch und am Arbeitsplatz unterstützt.

Über 800.000 Zeitungen und 350.000 Kurzwahlprogramme wollen wir in Baden-Württemberg verteilen. Mit 35.000 Plakaten wollen wir DIE LINKE im

ganzen Land sichtbar machen.

Anbei zu diesem LandesinfoEXTRA findest Du eine Ausgabe der Wahlzeitung, sowie unser Kurzwahlprogramm, zum Lesen und zum Weitergeben.

Wer macht noch mit? Kannst Du uns helfen bei der Verteilung von Zeitungen oder Kurzwahlprogrammen? Magst Du uns anders unterstützen?

Dann trag Dich ein unter <http://www.linksaktiv.de> oder ruf uns an in der Landesgeschäftsstelle unter 0711/241045 oder bei: linksaktiv@die-linke.de, Telefon: 030-24009-111 oder melde Dich beim nächstgelegenen Regionalbüro oder bei der LINKEN bei Dir vor Ort.

Du kannst dir ganz einfach die Materialien kostenlos nach Hause schicken lassen, um sie in Deiner Nachbarschaft, auf der Arbeit oder im Bekanntenkreis

zu verteilen.

Geschäftsführender Landesvorstand
Elwis Capece, Sahra Mirow, Kathleen Kamprath, Heidi Scharf, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit



Bisherige Großspenden an Parteien 2017



**Unbezahlbar,
dafür wählbar:**

www.die-linke-bw.de

Wahlkampf kostet Geld. Ohne Präsenz mit Plakaten, Handzetteln, Wahlzeitungen, Spots und neuen Medien sind wir im öffentlichen Raum nicht wahrnehmbar. Wir erhalten keine Großspenden aus Konzernnetzen und von dem Arbeitgeberverband Südwestmetall. Wir möchten in diesem Bundestags-Wahlkampf vor Ort als Linke wahrgenommen werden.

Bitte unterstütze uns mit einer

SPENDE!

Jede Spende hilft! Auch ein geringerer Betrag hilft uns die politische Arbeit in den Gemeinden, Kreisen, Regionen und im Ländle zu stabilisieren und zu kräftigen. Aktuell ist unser erklärtes Ziel das Land von links zu erschließen.

Unser Spendenkonto:

IBAN: DE58 6001 0070 0289 5827 00

Postbank Stuttgart; BIC: PBNKDEFF

Verwendungszweck: **Spende**, Vorname, Name, Adresse

Hinweis: Deine Spende an DIE LINKE kann bei der Einreichung an das Finanzamt steuerbegünstigt berücksichtigt werden. Spendenbescheinigungen stellen wir jeweils nach Ablauf des Kalenderjahres aus.

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. LV Baden-Württemberg. Landesgeschäftsstelle, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel: (0711) 24 10 45; Fax: (0711) 24 10 46, V.i.S.d.P.: Bernhard Strasdeit

Mail: info@die-linke-bw.de; Internet: www.die-linke-bw.de
Dieser Extraausgabe liegt eine Ausgabe der Wahlzeitung und ein Kurzwahlprogramm bei.

Fortgesetzte Kumpanei mit dem Betrüger-Kartell Flächendeckendes Staatsversagen im Diesel-Sumpf

Zu den Ergebnissen des so genannten Diesel-Gipfels erklärt der Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Bernd Riexinger:

Der groß angekündigte Diesel-Gipfel von Bundes- und Landesregierungen, Autokonzernen und -verbänden war eine einzige Farce. Bundesregierung und Ministerpräsidenten haben de facto ihre Kumpanei mit dem Betrüger-Kartell fortgesetzt. Statt klarer Kante und verbindlichen, die Autokonzerne verpflichtenden Nachrüstungen auch an Motor und Abgasanlage,

mit denen die vorgeschriebenen und von den Konzernen zugesagten Abgas-Grenzwerte der Diesel-Pkw eingehalten werden, hat man sich mit der freiwilligen Zusage von Softwareupdates für einen kleinen Teil der Fahrzeuge – noch dazu ohne Fristsetzung - abspeisen lassen. Damit jedoch sind weder Fahrverbote zu verhindern noch ist die Glaubwürdigkeit in den Wirtschaftszweig zurückzugewinnen.

Leidtragende dieses fortgesetzten schweren Politikversagens, das einer Beihilfe zum Betrug gleichkommt, werden die Autokäufer, die Beschäftigten und die Umwelt sein. Sie werden von der Regierung Merkel zu Geiseln der

Profite der Autokonzerne gemacht. Deren Milliardengewinne, die auch durch den Betrug zustande gekommen sind, bleiben nahezu unangetastet, weil sie von Bundes- und Landesregierungen nicht gezwungen werden, den angerichteten Schaden auf ihre Kosten wieder gutzumachen und das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher zurück zu erlangen. Auch deshalb wohl wurden Umwelt- und Verbraucherverbände gar nicht erst zu diesem Gipfel eingeladen.

Der 2. August 2017 ist ein schwarzer Tag für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Sehenden Auges lässt die Bundesregierung „Made in Germany“

zu einem Muster ohne Wert verkommen. Millionen Autofahrer und Autofahrerinnen bekommen noch einmal vor Augen geführt, dass der Betrug an ihnen wie ein Kavaliersdelikt behandelt wird. Die Menschen in den belasteten Großstädten müssen zum wiederholten Mal erleben, das Luftreinhaltepläne und gesetzliche Grenzwerte, also ihre Gesundheit die Politik nicht kümmern, sondern vor Gericht gegen die Politik erstritten werden müssen. Und die Beschäftigten in den Automobilkonzernen und den Zuliefererbetrieben sehen sich einem Management ausgesetzt, das die Zukunft ihrer Arbeitsplätze für den kurzfristigen Profit aufs Spiel setzt.

In die Zukunft investieren

Die öffentliche Infrastruktur ist vielerorts in einem jammervollen Zustand, schreibt Linke-Fraktionschefin Sahra Wagenknecht in der aktuellen Gastwirtschaft. Was schlägt sie vor?

Im Wortlaut von Sahra Wagenknecht, Frankfurter Rundschau, 10. August 2017
Wir fahren auf Verschleiß. Schlaglöcher in Straßen, marode Brücken, die für große Lasten gesperrt werden müssen, alte Schulgebäude, von denen der Putz bröckelt – unsere öffentliche Infrastruktur ist vielerorts in einem jammervollen Zustand. Während andere Staaten massiv in Bildung, digitale Infrastruktur oder Elektromobilität investieren, wird hierzulande die Zukunft verspielt.

21 Milliarden Euro weniger als der Durchschnitt der OECD-Staaten gibt Deutschland jährlich für seine Schulen und Universitäten aus. Da viel zu wenige Sozialwohnungen gebaut werden, nimmt die Wohnungsnot in den Städten zu.

Dort herrscht außerdem schlechte Luft, da umweltschonender Verkehr zu Fuß, mit dem Rad, dem ÖPNV oder Elektroautos zu wenig gefördert wird.

Rund eine Million Stellen wurden im öffentlichen Dienst in den letzten 20 Jahren abgebaut. Längst macht sich der Personalmangel schmerzlich bemerkbar: In den Krankenhäusern wie bei Polizei oder Feuerwehr, in Schulen und Kitas wie bei der öffentlichen Verwaltung.

Eine soziale Investitionsoffensive ist in Deutschland also dringend nötig: Damit unsere Kinder gut betreut und ausgebildet werden. Damit alte und kranke Menschen die menschenwürdige Pflege bekommen, die sie verdienen. Damit Familien in Großstädten wieder eine bezahlbare Wohnung finden. Damit der ökologische Umbau nicht ins Stocken gerät. Damit keine rechtsfreien Räume entstehen und sich die Menschen sicher



Mittlerweile erhalten auch Bündnis 90/Die Grünen Spenden der Autokonzerne, so u.a. 2017 40.000 Euro von Daimler

Noch Fragen?

Willst Du wissen, weshalb sich die große Koalition wie die Lobby der Autokonzerne verhält?
Es gibt nur eine Partei, die keine Unternehmensspenden annimmt.

DIE LINKE.

Runter vom atomaren Pulverfass!

Von seinem Golfclub in Bedminster heizt US-Präsident Donald Trump den Streit mit Nordkorea weiter an. Seine neueste Drohung am Donnerstag lautet: „Nordkorea sollte sich lieber zusammenreißen, sonst wird es Ärger kriegen wie nur wenige Staaten zuvor.“ Trump sagte am Dienstag, er werde im Atomstreit mit Nordkorea mit „Feuer und Wut“ auf Provokationen reagieren. Daraufhin drohte das weitgehend isolierte Nordkorea mit dem Raketenbeschuss von Zielen im Umfeld von Guam - rund 3300 Kilometer von Pjöngjang entfernt. Auf der Insel im Westpazifik sind rund 6000 US-Soldaten stationiert. *Nachricht von Sahra Wagenknecht, Dietmar Bartsch, Stefan Liebich, 11. August 2017*

Angesichts der immer bedrohlicheren Eskalation zwischen den USA und Nordkorea wünscht sich Sahra Wagenknecht „bei uns umso mehr eine Bundesregierung der Vernunft“. Diese müsse dafür sorgen, „dass solcher Irrsinn nicht möglicherweise auch bald bei uns droht. Das bedeutet insbesondere: souveräne Außenpolitik statt US-Gefolgschaft, Austritt aus den militärischen Strukturen der NATO, mehr Geld für Soziales und Infrastruktur anstatt fürs Militär und der längst überfällige Beitritt unseres Landes zu dem von 122 UNO-Staaten beschlossenen Atomwaffenverbotsvertrag“.

Dietmar Bartsch rät: „Es hilft überhaupt nicht, Donald Trump und Kim Jong-Un als Irre abzustempeln. So-

lange die Welt nicht alle Atomwaffen verschrottet, sitzt die Menschheit auf einem atomaren Pulverfass. Das ist doch irre.“

Auch Stefan Liebich, Obmann für DIE LINKE im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages warnt vor einer Eskalation: „Die verantwortungslosen Drohungen aus Pjöngjang und Washington können schlimme Konsequenzen haben, wenn nicht schnell Vernunft einzieht. Die Vorschläge aus China, dass das nordkoreanische Atomprogramm eingestellt werden und die südkoreanisch-amerikanischen Militärmanöver ausgesetzt werden sollen, weisen in die richtige Richtung.“ Das Letzte, was die Welt braucht, sein ein atomarer Konflikt, so Liebich.

Wahlkampf-Bustour des Jugendverbandes

Die Linksjugend [„solid“] wird vom 21.08.-03.09. eine Bustour durchs Ländle starten, um DIE LINKE und die Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort im Wahlkampf zu unterstützen. Mit dabei: eigene Tour-Flyer, Jugendmaterial der bundesweiten Wahlkampagne und engagierte junge Leute. Weitere Infos findet ihr hier: www.linksjugend-solid-bw.de

Bustour durch 20 Städte. Kleine Abweichungen sind noch möglich:
21.8. Tübingen u. Rottenburg

22.8. Reutlingen
23.8. Ulm
24.8. Biberrach (RiB)
25.8. Ravensburg
26.8. Friedrichshafen
27.8. Konstanz
28.8. Freier Tag in Konstanz
29.8. Villingen und Freiburg
30.8. Lahr-Offenburg-Rastatt
31.8. Karlsruhe-Pforzheim-Heidelberg
01.9. Heidelberg-Mannheim
02.9. Tauberbischofsheim-Calw
03.9. Aalen

Landesparteitag im November

Ankündigung des Landesvorstandes: Die nächste Beratung des Landesparteitages ist einberufen auf Samstag 25. und Sonntag 26. November 2017. Der Landesparteitag findet statt im Bürgerhaus Stuttgart-Möhringen; Filderbahnplatz 32, 70567 Stuttgart. U.a. werden dort auf der Tagesordnung stehen: Wahl der Bundesparteitagsdelegierten; Politische Orientierung für 2018; Änderungen der Landesatzung.

Keine Nazis in den Bundestag:

Wir beteiligen uns in vielen Städten an Bündnissen und Aktionen gegen die Rassisten und Sexisten von AfD, Pegida und Co. Weiteres Material und Hinweise unter: www.aufstehen-gegen-rassismus.de



Wahlveranstaltungen

In ganz Baden-Württemberg finden derzeit zahlreiche Veranstaltungen statt. Zeit und Ort finden sich jeweils aktuell auf www.die-linke-bw.de. Hier nur einige Hinweise für September:

- 31.8. Andrej Holm in Freiburg
- 1.9. Bernd Riexinger in Stuttgart
- 4.9. Gabi Zimmer in Mannheim und Heidelberg
- 6.9. Dietmar Bartsch in Karlsruhe und Podium Heilbronn
- 7.9. Dietmar Bartsch in Sindelfingen und Pforzheim
- 9.9. Sahra Wagenknecht in Mannheim
- 11.9. Bernd Riexinger in Mannheim und Stuttgart
- 12.9. Sahra Wagenknecht in Schwetzingen
- 12.9. Sahra Wagenknecht, Dietmar Bartsch und Bernd Riexinger in Stuttgart
- 12.9. Dietmar Bartsch in Konstanz
- 12.9. Sahra Wagenknecht in Tübingen
- 12.9. Janine Wissler in Heidelberg
- 13.9. Janine Wissler und Bernd Riexinger in Freiburg
- 13.9. Sahra Wagenknecht in Schwäbisch-Gmünd und Friedrichshafen
- 20.9. Bernd Riexinger in Ulm

